

## Veranstaltungsbericht

„Fortbildungsreihe Lernen aus der Geschichte – aber wie?“ Historisch-reflektierte Menschenrechtsbildung und gegenwartsbezogene Gedenkstättenpädagogik

16.01.2013

Veranstalter: Stiftung niedersächsische Gedenkstätten/Projekt Entrechtung als Lebenserfahrung – Netzwerk für Menschenrechtsbildung

Daten und Ort: September – November 2012, Region Celle-Lüneburg

Bericht von: Daniel Seifert, Stiftung niedersächsische Gedenkstätten/Projekt Entrechtung als Lebenserfahrung – Netzwerk für Menschenrechtsbildung  
E-Mail: daniel.seifert@stiftung-ng.de

Von September bis November 2012 fand in der Region Celle-Lüneburg die Fortbildungsreihe „Lernen aus der Geschichte – aber wie? Historisch-reflektierte Menschenrechtsbildung und gegenwartsbezogene Gedenkstättenpädagogik“ statt. An der Fortbildungsreihe nahmen 30 Multiplikator\_innen der schulischen und außerschulischen Bildung teil. Das zentrale Ziel der Reihe war es zu vermitteln, wie eine auf die Gegenwart bezogene und an den Menschenrechten orientierte historische Bildungsarbeit mit Jugendlichen zum Thema Nationalsozialismus aussehen kann und gemeinsam mit den Teilnehmenden über neue Ansätze des Geschichtslernens nachzudenken. Durch den Besuch der Gedenkstätte Bergen-Belsen und der Gedenkstätte „Opfer der NS-Psychiatrie“ Lüneburg hatten die Multiplikator\_innen die Möglichkeit, den diesbezüglich aufgeworfenen Fragen auch an den konkreten historischen Lernorten nachzugehen.

Zum Auftakt der Fortbildungsreihe am 19.9.2012 in Celle erläuterte MICHAEL KRENNERICH (Nürnberg), was Menschenrechte sind und wozu Menschenrechte dienen. Er führte aus, dass die Mütter und Väter der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 auch unter dem Eindruck der Unrechtserfahrungen während der Zeit des Nationalsozialismus gestanden hätten. Die historische Dimension sei daher in der Menschenrechtsbildung sehr wichtig, so Krennerich. Allerdings betonte er in diesem Zusammenhang, dass es pädagogisch gut durchdacht sein müsse, historisches Lernen in das Feld der Menschenrechtsbildung zu integrieren. Das erfordere vor allem ein Bewusstsein darüber, dass nicht das gesamte Feld der Menschenrechtsbildung Ergebnis von historischen Lernprozessen ist, dass vorschnelle Analogien zwischen gegenwärtigen Menschenrechtsverletzungen und der Vergangenheit entstehen, die das historische Geschehen instrumentalisieren oder relativieren können, und dass es Jugendliche demotivieren könne, wenn sie ausschließlich an diesem historisch einzigartigen Beispiel massenhafter Entrechtung über Menschenrechte lernen sollen.

Wie die Verknüpfung von historischem Lernen und Menschenrechtsbildung in der Praxis aussehen kann, zeigten CONSTANZE JAISER und JACOB DAVID PAMPUCH (beide Berlin).

Gemeinsam stellten sie die Projektmappe „Ein Schmuggelfund aus dem KZ – Erinnerung, Kunst und Menschenwürde“ vor, die sie für einen fächerübergreifenden Unterricht entwickelt haben. Mit Hilfe der in der Mappe zur Verfügung gestellten menschenrechtsreflektierten Geschichtsmaterialien könnten Jugendliche durch die Auseinandersetzung mit Gedichten und Briefen ehemaliger Häftlinge aus dem KZ Ravensbrück lernen, was Menschenrechtsverletzungen unter KZ-Bedingungen bedeuteten und wie sich Häftlinge für die Menschenwürde eingesetzt haben. In der Arbeit und Auseinandersetzung mit den Materialien ließe sich das historische Unrecht in direkte Beziehung zu konkreten Menschenrechtsartikeln aus der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte setzen. Damit allerdings eine an den Menschenrechten orientierte historische Bildungsarbeit gelingen könne, müsste Jugendlichen darüber hinaus ausdrückliches Faktenwissen über einzelne Menschenrechtsartikel sowie ihre Geschichte und Entwicklung vermittelt werden. Sowohl Jaiser/Pampuch als auch Krennerich betonten, dass eine solche „explizite Menschenrechtsbildung“ die Grundlage dafür sei, dass Jugendliche ein moralisches Bewusstsein entwickeln, und begreifen, dass ein menschenwürdiger Umgang miteinander wichtig ist.

Die zweite Veranstaltung der Fortbildungsreihe fand am 16.10. und 17.10.2012 in Kooperation mit der Bildungs- und Gedenkstätte „Opfer der NS-Psychiatrie“ Lüneburg und dem EU-geförderten Projekt „Vielfalt achten, Teilhabe stärken“ statt. Im Mittelpunkt standen Formen gruppenbezogener Diskriminierungen im Nationalsozialismus und in der Gegenwart. Beleuchtet wurde primär die Situation von Menschen mit Behinderung und seelischer Erkrankung und von Sinti und Roma.

Es wurden diskriminierende Strukturen und Praktiken damals und heute untersucht und zueinander in Beziehung gesetzt. Daraus ergab sich automatisch eine Diskussion über die Frage von Kontinuitäten und Diskontinuitäten. Dabei stellte sich heraus, dass es besonders wichtig sei, die jeweiligen Besonderheiten von historischen und gegenwärtigen Formen von Diskriminierung deutlich zu machen.

Am 16.10. stand in der Gedenkstätte „Opfer der NS-Psychiatrie“ Lüneburg zunächst die Gruppe der Menschen mit Behinderung und seelischer Erkrankung im Mittelpunkt. Zwischen 1933 und 1939 wurden etwa 250 Lüneburger Patienten im damaligen Städtischen Krankenhaus und in der damaligen Frauenklinik zwangssterilisiert. Im Rahmen der „T4-Aktion“ 1941 wurden rund 480 Patienten von Lüneburg „planwirtschaftlich“ in die Tötungsanstalten Hadamar und Pirna-Sonnenstein verlegt und dort ermordet. Etwa 300-350 Kinder der „Kinderfachabteilung“ wurden zwischen 1941-1945 in der Heil- und Pflegeanstalt getötet.

Menschen mit Behinderung und seelischer Erkrankung waren eine lange Zeit vernachlässigte Opfergruppe des Nationalsozialismus. Die meisten Täterinnen und Täter wurden nie oder erst sehr spät juristisch zur Verantwortung gezogen. Zudem begann die bundesrepublikanische Psychiatrie erst in den 1970er Jahren, sich ihrer dunklen Geschichte anzunähern. Trotz augenscheinlicher Kontinuitäten in der Entwicklung der Nachkriegspsychiatrie, appellierte SEBASTIAN STIERL (Lüneburg) an eine differenzierte Betrachtung von damals und heute. Es stelle sich z.B. die Frage, wo Bevormundung und Entrechtung, die im Extremfall mit dem erzwungenen Tod endet (Stichwort: die gegenwärtig kontroverse Diskussion über den assistierten Suizid), beginnen würden.

Gefährlich werde es dann, wenn Ärzte und Pflegepersonal durch Anmaßung einer alleinigen Entscheidungskompetenz auf eine „schiefe Ebene“ gelangten und zur Instanz darüber würden, wer leben darf und wer nicht. Stierl wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich die Mörder der NS-Zeit durch keine besonderen Eigenschaften auszeichneten, weshalb es wichtig sei, die Anfänge der Entrechtung zu identifizieren und diesen „Anfängen zu wehren“. Für die Gegenwart könne jeder aus den Psychatrieverbrechen lernen, dass psychisch kranke Menschen besonders gefährdet waren und sind, ihrer Grundfreiheiten und Menschenrechte beraubt zu werden. In dieser Hinsicht sieht es Stierl als notwendig an, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, was die Gesellschaft verführt, das Thema psychische Störung so vorsichtig zu behandeln, und warum gerade psychisch Kranke während des Nationalsozialismus zu so „leichten“ Opfern wurden.

Um eine Brücke zwischen historischem Lernen und Menschenrechtsbildung zu schlagen, müssten Bezüge der NS-Psychatrieverbrechen zu aktuellen politisch-ethischen Debatten akzentuiert werden. Hierzu eignet sich für Stierl in besonderer Weise die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung mit ihren Forderungen nach Inklusion, gerade im Bereich geistig-seelischer Behinderung.

Stierl verdeutlichte, dass die Psychiatrie innerhalb und außerhalb der Medizin einen besonderen Bereich darstellt: In keinem anderen Lebensbereich werde so existenziell in die Rechte eines Menschen eingegriffen. Aus diesem Grund müssten die Menschenrechte in der Psychiatrie grundlegend beachtet werden. Vor diesem Hintergrund erachtet es Stierl als unausweichlich, dass sich jede\_r Einzelne persönlich mit der Frage auseinandersetzt, wie Medizin und Gesellschaft in bestimmten Situationen mit der Menschenwürde psychisch Kranker umgehen. Dadurch entstünde ein geschärfter Blick auf die Realität und die betreffenden Einrichtungen. Das ermögliche eine gesamtgesellschaftliche Diskussion darüber, wie ein würdiger Umgang mit psychisch kranken Menschen aussehen könnte. In diesem Kontext seien nicht zuletzt auch die finanziellen Einsparungen in der Psychiatrie in Deutschland kritisch zu beleuchten.

KATHRIN SCHAEFER (Lüneburg) erläuterte daran anknüpfend konkrete pädagogische Herangehensweisen bei der Arbeit mit Schüler\_innen in der Gedenkstätte „NS-Psychiatrie“. Anhand verschiedener Lernmodule setzten sich die Teilnehmenden mit Bedingungen wirksamer Bildungsarbeit in der Gedenkstätte, über Anforderungen an eine Vor- und Nachbereitung und über Fallstricke auseinander. Die Multiplikator\_innen bewerteten den Bezug zum historischen Ort als außerordentlich wichtig wirksam, da sich dadurch Ereignisse und Daten in einen konkreten historischen Kontext einbinden ließen. Im Rahmen einer kritischen Reflexion der historischen Ereignisse sei es wesentlich, bei den Schülerinnen und Schülern ein Problembewusstsein bezüglich der Opfer- und Täterperspektive zu schaffen und nach Verantwortung und Handlungsspielräumen zu fragen. Dabei könnten folgende Fragen thematisiert werden: Hätte ich mich vielleicht auch schuldig gemacht? Was sind Mechanismen des Alltags, die Indifferenz und Wegsehen fördern? Den Jugendlichen in dieser Diskussion einen persönlichen und offenen Zugang zum Thema zu eröffnen, wurde als besonders fruchtbarer Ansatz erachtet. Hierbei würden die Arbeit mit Biographien und die Begegnung mit Zeitzeug\_innen helfen.

Um einen aktiven Reflexions- und Lernprozess zu ermöglichen, sei es wichtig, die Schüler\_innen im Hier und Jetzt abzuholen und mit ihnen elementare Fragen zu erörtern, wie zum Beispiel, was eigentlich krank und was gesund ist, sowie eigene Bilder von Behinderung zu hinterfragen. Allerdings könne eine zu offene Herangehensweise auch problematisch sein. So könne ein selbstgewählter Gegenwartsbezug der Schüler\_innen das historische Ereignis auch verfälschen oder relativieren. Als problematisch sahen die Teilnehmenden auch an, wenn Behinderung und seelische Erkrankung Menschen wie eine fixe Kategorie zugeteilt werden.

Wie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus verschiedenen Bereichen geschult werden könnten, um die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Behinderung und seelischer Erkrankung zu stärken, erläuterte CAROLA S. RUDNICK (Lüneburg). Hierzu stellte sie das Projekt 'Vielfalt achten, Teilhabe stärken. Eine Lüneburger Inklusionsschulung für Fachkräfte der Psychiatrie, Schule und Behindertenarbeit' vor. Dabei handelt es sich um ein Kooperationsprojekt der Bildungs- und Gedenkstätte „Opfer der NS-Psychiatrie“, der Psychiatrischen Klinik Lüneburg und der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten Celle. Im Rahmen des Projektes werde es Fortbildungsangebote für die folgenden Zielgruppen geben: Mitarbeitende der Psychiatrie, der Gesundheits- und Krankenpflegeeinrichtungen und der Behindertenarbeit; Lehrkräfte, Ausbilder\_innen und Multiplikator\_innen; Schüler\_innen der Gesundheits- und (Kinder-)Krankenpflegeschulen. Der Ausgangspunkt des Lernens liege dabei in der Gegenwart und der Blick richte sich von dort in die Vergangenheit. Neben den Fortbildungen würden auch pädagogische Materialien entwickelt werden und diverse Begleitveranstaltungen stattfinden. Das im Rahmen des Projektes entstehende Bildungsangebot würde neben Menschenrechten für Menschen mit einer Behinderung, den Umgang mit Menschen in historisch vergleichender Perspektive (Disability History), gesellschaftliche Normierungsprozesse, medizin-ethische Fragen und aktuelle Formen von Tabuisierungen, Isolation und gesellschaftlicher Ausgrenzung von Menschen mit einer seelischen Erkrankung und einer Behinderung multimethodisch aufgreifen. Rudnick stellte in diesem Zusammenhang erste Ergebnisse einer Befragung vor, um den Fortbildungsbedarf der o.g. Zielgruppen festzustellen. Aufschlussreich war unter anderem die Beobachtung, dass Schüler\_innen offensichtlich wenig wissen über dieses Themengebiet und hohes Interesse zeigen, Lehrer\_innen hingegen sich zwar fachlich geschulter einstufen, generell aber ebenfalls einen hohen Fortbildungsbedarf bei sich sehen. Alle Befragten seien offen für interdisziplinäre und handlungsorientierte Methoden und nahezu zwei Drittel wünschten sich, zu einer Inklusionsschulung, die die angesprochenen Themen behandelt, eingeladen zu werden.

Der darauffolgende zweite Fortbildungstag am 17.10.2012 in der Geschichtswerkstatt Lüneburg hatte die gruppenbezogene Entrechtung und Diskriminierung von Sinti und Roma zum Thema. Wie die Gruppe der Menschen mit Behinderung und seelischer Erkrankung sind auch die Sinti und Roma eine lange Zeit vergessene Opfergruppe. Bis 1982 wurden sie nicht offiziell als Opfer des nationalsozialistischen Völkermordes anerkannt, was viele Betroffene als eine „zweite Verfolgung“ empfanden. In der Region Celle-Lüneburg gibt es für dieses Thema zudem eine lokalspezifische Relevanz, da ein relativ hoher Anteil von Sinti dort ansässig ist.

CHRISTIAN WOLPERS (Celle) und REINHOLD BAASKE (Hannover) stellten Bildungsmaterialien zur Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma vor, die veranschaulichten, dass Sinti und Roma bereits vor einigen hundert Jahren Verfolgungen im Gebiet des heutigen Deutschland ausgesetzt waren. Über mehrere Jahrhunderte hätten die Vorurteile gegenüber dieser Gruppe fortbestanden und seien schließlich in der Weimarer Republik weiter tradiert worden. Dies hätte den Nährboden gebildet für die Verfolgung der Sinti und Roma ab 1933 und den an ihnen verübten „doppelten Völkermord“. Der doppelte Völkermord erfolgte durch Deportationen in Konzentrations- und Vernichtungslager sowie Zwangssterilisationen auf der Grundlage des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Wolpers und Baaske erläuterten die didaktisch-methodischen Überlegungen zu den entwickelten Bildungsmaterialien. Diese seien für eine niedrigschwellige pädagogische Arbeit mit Schüler\_Innen geeignet. Die verschiedenen Module zeichneten sich durch biografische sowie lokal- und regionalspezifische Ansätze aus, so Wolpers und Baaske.

Den Bezug zur gegenwärtigen Situation von Sinti und Roma stellte ein Gespräch der Teilnehmenden mit GIOVANNI HARDER (Lüneburg), selbst Sinto, her. Er berichtete über die Verfolgungsgeschichte seiner Familie im Nationalsozialismus und darüber, welche Erfahrungen er im Umgang mit Sinti und Roma in der heutigen Gesellschaft gemacht hat. Bis heute müssten Sinti und Roma um gesellschaftliche Anerkennung kämpfen, so dass man von gewissen Kontinuitäten zwischen Vergangenheit und Gegenwart sprechen könne. In dem Gespräch wurde deutlich, dass gegenwärtig vor allem der mangelnde Zugang zu Bildung und die mangelnde Teilhabe an Bildung von Sinti und Roma ein wichtiges Thema ist. So führte Harder aus, dass der Großteil der Sinti Bildung für ihre Kinder als nicht wichtig erachte. Nach Baaske habe dies seinen Ursprung in einem traditionell starken Zusammenhalt der Familie. Die Familie stelle demnach seit Jahrhunderten und bis heute die höchste Instanz, auch in Bezug auf Bildung, dar. Übereinstimmend konstatierten Harder und Baaske, dass sich die Abwehrhaltung gegenüber offiziellen Bildungsangeboten noch zusätzlich verstärke, da Sinti das Recht, eine eigene Kultur und Sprache zu haben, von der Mehrheitsgesellschaft oftmals nicht zuerkannt werde. Dem Anspruch auf Wahrung der personalen Identität stehe so ein möglicher Traditionsbruch durch Bildung gegenüber. Daher würden viele Sinti der Institution Schule und deutschen Behörden im Allgemeinen mit Angst und mangelndem Vertrauen begegnen. Vor diesem Hintergrund herrschte Einigkeit unter den Referierenden, dass gerade in deutschen Schulen ein wechselseitiges Klima des Vertrauens entstehen müsse, damit Sinti an Bildungsprozessen im Sinne von Inklusion gleichberechtigt teilhaben können.

Die dritte Veranstaltung der Fortbildungsreihe fand am 19. und 20.11.2012 in der Gedenkstätte Bergen-Belsen und in Celle statt. Thema dieses Fortbildungsmoduls war die Frage, wie sich die Zeit des Nationalsozialismus in einer immer vielfältiger werdenden Migrationsgesellschaft im schulischen und außerschulischen Geschichtslernen vermitteln lässt. Im Fokus der Diskussionen standen pädagogische Ansätze, die es erlauben, Jugendliche aus Familien deutscher und nicht-deutscher Herkunft über ihre verschiedenen historisch-kulturellen Hintergründe und Geschichtsbilder miteinander ins Gespräch zu bringen und so Teilhabe und ein menschenwürdiges Miteinander zu fördern. Unter diesem Aspekt führte FELIX HÖFINGHOFF (Celle) die Teilnehmenden durch die Gedenkstätte Bergen-Belsen. Bergen-Belsen ist seit 1945 ein internationaler Erinnerungsort.

Mahnmale aus der Nachkriegszeit erinnern an die mehr als 70 000 Menschen, die hier zwischen 1941 und 1945 umkamen. Seit 2007 wird die vielschichtige Geschichte dieses Ortes als Kriegsgefangenenlager, Konzentrationslager und Displaced Persons Camp in der Dauerausstellung des neu errichteten Dokumentationszentrums präsentiert. Höfinghoff führte aus, dass bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund oft der Glaube vorherrsche, nur Menschen jüdischen Glaubens seien Opfer des Nationalsozialismus gewesen. Dabei habe es unterschiedliche Häftlingsgruppen im Lager Bergen-Belsen gegeben. Deren Verfolgungsgeschichte sei in der Dauerausstellung der Gedenkstätte dokumentiert und könne gut recherchiert werden. Das vorhandene Material biete gute Anknüpfungsmöglichkeiten für eine interkulturelle historische Bildung, so Höfinghoff. Gerade unerwartete Details, wie der Umstand von Häftlingen mit türkischer Staatsbürgerschaft in Bergen-Belsen verblüffe Jugendliche oft und biete Anlass dafür, den eigenen Blick zu verändern. Auch die immer wiederkehrenden Bezüge zum Nahen Osten wurden thematisiert, als Höfinghoff von der Betreuung einer palästinensischen Gruppe von Lehrenden berichtete, bei der ein besonders feinfühligere Umgang mit der historischen Situation hier und der aktuellen Erfahrung der Gäste zuhause gefordert gewesen sei.

Daran anschließend vermittelte EIKE STEGEN (Berlin), wie ein wertschätzender Umgang mit den unterschiedlichen geschichtlichen Bezügen und Einstellungen von Jugendlichen in der Migrationsgesellschaft aussehen kann. Dazu stellte er den von Mipghasch/Begegnung e.V. und der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz entwickelten und auch von ihm mit Gruppen verwendeten Dokumentenkoffer „GeschichteN teilen“ vor. Die aus historischen Primärquellen und Dokumenten zusammengestellten Themenmappen des Koffers ermöglichten durch Bezüge zu individuellen Biographien und (auch außereuropäischen) Ländern ein interkulturelles Lernen zum Nationalsozialismus (z.B. „B. Mohamed Husen – Leben als Schwarzer im NS-Staat“ oder „Khaled Abdelwahab und die Rettung einer jüdischen Familie in Tunesien“). Der damit verbundene geschichtsdidaktische Ansatz sei nach Stegen durch eine Pädagogik der Anerkennung geprägt. So könnten Jugendliche zum Einstieg beispielsweise aus einer Collage mit Fotos zu verschiedenen historischen Ereignissen des 20. Jahrhunderts das für sie prägendste Ereignis wählen. Oftmals würden Jugendliche, unabhängig ihrer Herkunft, den 11. September 2001 als bedeutsamstes Ereignis benennen. Stegen betonte, dass von dieser Übung ein wertschätzendes Signal im Sinne einer demokratischen und menschenwürdigen Lernatmosphäre ausgehe. Die Jugendlichen fühlten sich wahrgenommen und anerkannt. Dies erleichtere es im Anschluss, nicht zuletzt mit heterogenen Gruppen, die Geschichte des Nationalsozialismus zu bearbeiten.

Die Materialien aus „GeschichteN teilen“ ermöglichten neue Perspektiven auf den Zweiten Weltkrieg und die Zeit des Nationalsozialismus und motivierte Jugendliche dazu, sich mit bislang wenig wahrgenommene Opfergruppen und Regionen der Welt auseinanderzusetzen. Dabei haben die Jugendlichen auch die Möglichkeit, sich mit Geschichten aus den Herkunftsländern ihrer Familien zu beschäftigen. So gebe es beispielsweise von türkischstämmigen Jugendlichen durchaus den Wunsch, sich mit türkischer Geschichte oder dem Bezug der Türkei zum Holocaust auseinanderzusetzen. Allerdings sollten Pädagog\_innen nicht automatisch von einer Bindung an die Geschichten der Herkunftsländer ausgehen und damit Identitäten zu- und festschreiben.

Für Stegen gehe es darum, Jugendlichen in heterogenen Gruppen Angebote zu unterbreiten, die Lust machen, unterschiedliche Länder und Aspekte der Geschichte kennenzulernen. Der Dokumentenkoffer „GeschichteN teilen“ zielt nach Stegen bewusst nicht darauf ab, einen bestimmten Hintergrund fortzusetzen, sondern diesen wahrnehmbar zu machen. Die entscheidende Frage sei letztlich, so eine Teilnehmerin, dass Jugendliche sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund über die Frage nachdenken: Was hat diese Geschichte mit mir zu tun?

Am 20.11. behandelte ANJA SCHADE (Celle), mit der Gruppe anhand von zwei interaktiven Methoden das Thema Asylumigration. Das Menschenrecht auf Asyl findet sich in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 wieder und wurde auch infolge der Erfahrungen vor allem vieler Juden in der Zeit des Nationalsozialismus in die Erklärung aufgenommen. So verdeutlichte Schade, dass diese plötzlich staatenlos gewordenen Menschen damals keinem Schutz einer Nation unterlagen und so der Verfolgung leichter ausgeliefert waren. Gleichzeitig seien Ende der 1930er Jahre weltweit viele Staaten nicht mehr bereit gewesen, eine größere Zahl von Juden aufzunehmen. Schade betonte, dass auch nach Ende des Zweiten Weltkrieges Länder wie die USA und Kanada noch rigide Einwanderungsbedingungen vorschrieben und die Verfolgten zunächst nur in geringer Zahl aufnahmen. Die aus ganz Europa nach Deutschland verschleppten KZ-Häftlinge und Zwangsarbeiter erhielten von den Alliierten den Rechtsstatus „Displaced Persons“ (DP). Nachdem die meisten Überlebenden in ihre Heimat zurückgekehrt waren, blieben in Bergen-Belsen vor allem nicht-jüdische Polen und Polinnen und Jüdinnen und Juden unterschiedlicher Herkunftsländer, v.a. aus Osteuropa, zurück. Für sie wurden im Sommer 1945 zwei DP-Camps eingerichtet. Im jüdischen DP-Camp lebten bis 1950 bis zu 12.000 Personen. Die Displaced Persons besaßen einen Anspruch auf besondere Fürsorge. Gleichzeitig wurden die Menschen im jüdischen DP-Camp bis 1947 von der britischen Besatzungsmacht an einer Einwanderung nach Palästina gehindert. Nach der Gründung des Staates Israel 1948 und der dann möglichen Auswanderung der meisten jüdischen Displaced Persons wurde das Camp 1950 aufgelöst.

Schade erklärte kurz ihr derzeit in Entwicklung stehendes Simulationsspiel zur Fahrt der Exodus, in dem der Migrationsprozess jüdischer DP's aus Deutschland nach Palästina nachgestellt wird und von dem ausgehend sich ein Gegenwartsbezug zur heutigen Flüchtlingssituation in Europa bzw. an der EU-europäischen Grenze anbietet. Vertiefend wurden im Anschluss zwei Methoden vorgestellt, mit denen interaktiv das Asylthema aufgegriffen werden kann. Anhand eines sogenannten Bildereinstiegs, bei dem Bilder aus Lagern an der EU-Grenze sowie Interviewausschnitte von Asylsuchenden ausgebreitet wurden, entspann sich eine lebhafte Diskussion über die Situation in diesen Camps. Die Beschreibungen von Entrechtungs- und Entwürdigungserfahrungen würden Assoziationen zu Situationen im Kriegsgefangenenlager Bergen-Belsen oder im damaligen KZ wecken, so eine Teilnehmerin. Schade machte darauf aufmerksam, dass eine zu starke Analogienbildung zwischen der Situation in den heutigen Flüchtlingslagern zu dem KZ-System der Nazis durchaus problematisch wäre. Jedoch die Schlussfolgerung, dass es nach wie vor menschenunwürdige Situationen gerade im Umgang mit Flüchtlingen und Asylsuchenden auch innerhalb der EU gäbe, würde sich durchaus aus den Materialien heraus anbieten.

Die weiterführende Diskussion entwickelte sich nach der Frage, ob dies ein Thema sei, welches an einer Gedenkstätte angesiedelt sein sollte. Dies wurde grundsätzlich bejaht, da sich hier eine für Jugendliche wichtige Möglichkeit eines Gegenwartsbezuges ergäbe mit einem Thema, das oft vernachlässigt und dabei hoch brisant sei, dem „Menschenrecht auf Asyl“.

Die Teilnehmenden bewerteten die Fortbildungsveranstaltung als sehr wertvollen Beitrag für die eigene pädagogische Arbeit. Als besonders positiv hoben die Multiplikator\_innen rückblickend die verschiedenen Möglichkeiten hervor, historisches Lernen multiperspektivisch zu betrachten und durch die Verknüpfung mit dem Feld der Menschenrechtsbildung alternative Denkanstöße zu erhalten. Was und wie man heute aus der Geschichte lernen kann, haben die Teilnehmenden während der Reihe vor allem mit den Fragen verbunden, welche Mechanismen zu Ausgrenzung und Entrechtung führen und wie ein Leben in Vielfalt und gleichberechtigter Teilhabe möglich ist.

Die Fortbildungsreihe „Lernen aus der Geschichte – aber wie?“ ist Teil des Projektes „Entrechtung als Lebenserfahrung – Netzwerk für Menschenrechtsbildung“ der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten. Die Stiftung mit Sitz in Celle ist Trägerin der Gedenkstätten Bergen-Belsen und Wolfenbüttel und zuständig für die Förderung und Beratung der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen in Niedersachsen. Das Projekt Entrechtung als Lebenserfahrung wird seit 2008 aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds durch das Programm Inklusion durch Enkulturation des Niedersächsischen Kultusministeriums gefördert. Weitere Informationen zum Projekt und zur Fortbildungsreihe gibt es im Internet unter der folgenden Adresse [www.stiftung-ng.de/de/projekte/entrechtung-als-lebenserfahrung/fortbildungsreihe.html](http://www.stiftung-ng.de/de/projekte/entrechtung-als-lebenserfahrung/fortbildungsreihe.html).

Weitere Fortbildungsveranstaltungen im Themenfeld historisches Lernen und Menschenrechtsbildung, u.a. für die Zielgruppe Polizei, sind in Vorbereitung und werden ab Frühjahr 2013 in der Region Celle-Lüneburg stattfinden.

## **Veranstaltungsübersicht:**

Modul 1

### **Grundlagen: Menschenrechtsbildung und historisches Lernen**

Mittwoch, 19. September in Celle

#### *Begrüßung*

Daniel Seifert, Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

PD Dr. Habbo Knoch, Geschäftsführer Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Claudia Schanz, Niedersächsisches Kultusministerium

#### *Was sind Menschenrechte und wozu dient Menschenrechtsbildung?*

Dr. Michael Krennerich, Vorsitzender des Nürnberger Menschenrechtszentrums

#### *„Ein Schmuggelfund aus dem KZ – Erinnerung, Kunst & Menschenwürde. Projektmappe für einen fächerübergreifenden Unterricht“*

Dr. Constanze Jaiser, Literaturwissenschaftlerin und Theologin

Jacob David Pampuch, Musiker und Musiklehrer



## Modul 2

### **Aktuelle und historische Entrechtungserfahrungen: Kontinuitäten und Diskontinuitäten**

Dienstag / Mittwoch, 16. / 17. Oktober in der Bildungs- und Gedenkstätte „Opfer der NS-Psychiatrie“ Lüneburg und in der Geschichtswerkstatt Lüneburg

*NS-Psychiatrie-Verbrechen: Annäherung an einen historischen Tatort*

Dr. Sebastian Stierl, Ärztlicher Direktor, Psychiatrische Klinik Lüneburg

*Möglichkeiten gegenwartsbezogenen Lernens über die NS-Psychiatrie-Verbrechen*

Dr. Sebastian Stierl, Ärztlicher Direktor, Psychiatrische Klinik Lüneburg

Kathrin Schaefer, Lehrerin für Geschichte und Biologie am Gymnasium Herderschule Lüneburg

*Vorstellung des Projektes 'Vielfalt achten, Teilhabe stärken. Eine Lüneburger Inklusionsschulung für Fachkräfte der Psychiatrie, Schule und Behindertenarbeit'*

Dr. Carola Rudnick, freischaffende Historikerin und Kulturwissenschaftlerin

*Das pädagogische Angebot der Geschichtswerkstatt Lüneburg*

Karl Hellmann, Geschichtswerkstatt Lüneburg e.V.

*„Es war unmenschenmöglich...“: Diskriminierung als Gegenstand historisch-politischen Lernens*

Christian Wolpers, Stiftung niedersächsische Gedenkstätten

Reinhold Baaske, Verein für Geschichte und Leben der Sinti und Roma in Niedersachsen

9

## Modul 3

### **Migrationsgesellschaft und Migration als soziale Realität**

Montag / Dienstag, 19. / 20. November in der Gedenkstätte Bergen-Belsen und in Celle

*Praktisch-pädagogische Arbeit in der Gedenkstätte Bergen-Belsen als Lernort für (heterogene) Gruppen*

Felix Höfinghoff, Abteilung Bildung und Begegnung, Gedenkstätte Bergen-Belsen

*Historisch-politische Bildung unter den Bedingungen der Migrationsgesellschaft*

Eike Stegen, Freier Mitarbeiter Haus der Wannseekonferenz, Berlin

*Gelernt aus der Geschichte? Migration und das Menschenrecht auf Asyl – Entrechtung in den Flüchtlingslagern an der Außengrenze der EU*

Anja Schade, Stiftung niedersächsische Gedenkstätten, Projekt Entrechtung als Lebenserfahrung – Netzwerk für Menschenrechtsbildung